

Christoph Slangen geht unter die Kriegstreiber

André Tautenhahn · Monday, August 17th, 2009

Am Wochenende gab es in Afghanistans Hauptstadt Kabul einen schweren Anschlag mit Toten und Verletzten. Der PR-Agent Christoph Slangen sieht darin nun eine Begründung für den weiteren Verbleib der Nato-Truppen in diesem Land. Unter dem armseligen Titel "*Mehr Hilfe zur Selbsthilfe*", der an das Reformneusprech der Agenda 2010 Verfechter erinnert, schreibt Slangen heute in der Neuen Presse Hannover:

"Ein blutiges Wochenende in Afghanistan. Die Taliban verstärken ihre Anschläge im Vorfeld der Präsidentenwahl am Donnerstag. Die Wahl soll zu einem Misserfolg gemacht, die Bevölkerung eingeschüchtert werden. Das brutale Vorgehen gegen die ausländischen Truppen und die eigenen Landsleute zeigt aber auch, warum die Präsenz der Amerikaner, Deutschen und der Verbündeten benötigt wird. Das Land jetzt zu räumen, würde bedeuten, dem Taliban-Terror freie Hand zu lassen:"

Nicht nur Terroristen nutzen die mediale Aufmerksamkeit im Zuge eines abscheulichen Anschlags, sondern auch schmierige PR-Typen, wie Christoph Slangen. Er benutzt die neuerliche Gewalt, um einen kriegsgeilen Irrweg unserer Bundesregierung, der namentlich durch Franz Josef Jung vertreten wird, zu verteidigen. Und das auch noch in der Überzeugung einer "logischen Argumentation".

"Es sind logische Argumente für ein Engagement, doch die Zahl der Toten, Verwundeten spricht eine andere Sprache – die des Gefühls: 27 tote Deutsche, die bei Anschlägen und Unglücksfällen ums Leben gekommen sind, gar 200 Briten bisher. Das Ziel muss sein, die afghanische Regierung so schnell und so gründlich wie möglich zu befähigen, die Macht im Lande selbst effektiv auszuüben: Die Polizeiausbildung ist ein wichtiges Instrument, das es weiter zu verstärken gilt. Hilfe zur Selbsthilfe muss das übergeordnete Thema aller Aktivitäten sein."

Hilfe zur Selbsthilfe. Dieses unmögliche PR-Deutsch ist es wieder, dass die Öffentlichkeit täuschen soll. Denn in Wirklichkeit bedeutet Hilfe zur Selbsthilfe nichts anderes als das Kürzen von Leistungen bei gleichzeitiger Erhöhung des Forderungskatalogs an das betroffene Subjekt. Das kennen wir aus der Innenpolitik um die Agenda 2010. Doch wie ist das außenpolitisch gemeint? Ganz einfach: Es geht um militärischen Einsatz unter individuellen Extrembedingungen, die im

Ernstfall auch das Leben kosten können und sollen, bei gleichzeitigem Einsatz von begrenzten Haushaltsmitteln.

Auf diesen Umstand hat im Jahr 2008 schon der ehem. ZDF-Reporter Ulrich Tilgner aufmerksam gemacht, als er sich völlig angewiedert von den Vorgaben seines Senders, stets positiv und regierungstreu über den Einsatz zu berichten, dazu entschloss, seinem Arbeitgeber den Rücken zu kehren. Damals stellte Tilgner in einem Tagesspiegel-Interview bereits fest:

"Ich habe die Mitverantwortung Deutschlands dargestellt und mit Zahlen belegt, dass zu wenig Geld für den Polizeiaufbau in Afghanistan bereitgestellt wurde. Es wurde viel zu wenig in Ausrüstung und Ausbildung investiert, obwohl eine möglichst nicht korrupte, gut ausgebildete Polizei eine Schlüsselrolle hat beim Wiederaufbau eines Landes. Da wurden Fehler gemacht. Solche Kritik werten selbst die eigenen Kollegen zu leicht als Nörgelei, statt sie aufzugreifen und verstärkt für das Programm zu nutzen."

This entry was posted on Monday, August 17th, 2009 at 2:15 pm and is filed under Medienkritik, Nachrichten

You can follow any responses to this entry through the Comments (RSS) feed. Both comments and pings are currently closed.